

1
2 **Antrag**

3 **zum Kreisparteitag der CDU Ostprignitz-Ruppin am 7.November 2015**
4

5 Der Kreisparteitag möge beschließen:
6

7 Die Menschen in Ostprignitz-Ruppin fühlen sich mit ihrer Heimat eng verbunden. Nach der
8 Kreisgebietsreform 1993 ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten die Identifikation der
9 Bürger mit Ihrem Landkreis stark gewachsen. Auch über die Verwaltung hinaus haben sich in
10 den verschiedenen (ehrenamtlichen) Lebensbereichen gewachsene und bewährte
11 Strukturen etabliert. Landkreise und Kreisstädte zu beseitigen bedeutet Identitätsverlust,
12 Kaufkraftverlust und damit wirtschaftliche Schwächung mit weitreichenden negativen
13 Folgen für die Menschen wie am Beispiel Mecklenburg-Vorpommern zu beobachten ist. Die
14 nun von Rot-Rot geplante Gebietsreform ignoriert die Heimatverbundenheit und das
15 Lebensgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Die Menschen in Ostprignitz-Ruppin wollen selbst
16 entscheiden, in was für einem Land sie in Zukunft leben möchten. Sie wollen nicht aus
17 Potsdam bevormundet werden. Das Leitbild der rot-roten Landesregierung ist in sich
18 widersprüchlich und stellt keine geeignete Reformgrundlage dar.
19

20 Im Einzelnen:
21

- 22 1. Die spärlichen Vorschläge der Landesregierung zur Funktionalreform können
23 Änderungen der Kreisgrenzen nicht rechtfertigen. Soweit in geringem Umfang
24 zusätzliche Aufgaben auf die Kreisebene übertragen werden sollen, können diese
25 auch in den bestehenden Strukturen bewältigt werden.
26
- 27 2. Auch der demografische Wandel, soweit dieser angesichts einer steigenden Anzahl
28 von Rückkehrern und der gegenwärtigen Zuwanderung überhaupt belastbar
29 prognostizierbar ist, erfordert eine Kreisgebietsreform nicht. Selbst bei sinkenden
30 Einwohnerzahlen bleiben die Landkreise Ostprignitz-Ruppin und Prignitz
31 grundsätzlich leistungsfähig. Soweit in den unteren Landesbehörden Spezialaufgaben
32 erledigt werden, deren Fallzahlen für eine effiziente Wahrnehmung künftig nicht

mehr ausreichend sein werden, kann durch interkommunale Zusammenarbeit mit Nachbarkreisen dieser Effizienznachteil beseitigt werden. Dies ist z.B. in den Bereichen Lebensmittelüberwachung, Immissionsschutz, Abfallbeseitigung, Brand- und Katastrophenschutz oder Katasterwesen denkbar.

3. Schließlich kann auch die finanzielle Situation der Kreise keine Gebietsreform begründen. Denn die Ursachen für die verhältnismäßig hohe Kreisumlage in Ostprignitz-Ruppin liegen vor allem in der strukturbedingt ungünstigeren Einnahmesituation der Kommunen und den Kosten pflichtiger Aufgaben den Landkreises z.B. im Sozialbereich sowie den Kosten, die sich aus einer dünneren Besiedlung ergeben. All diese Faktoren würden nach einer Kreisgebietsreform auch den Großkreis belasten. Sinn und Zweck der Reform kann aber nicht allein ein Finanzausgleich sein. Dieser könnte auch durch eine Ertüchtigung des Finanzausgleichsgesetzes erfolgen, ohne dass hierfür eine Gebietsreform nötig wäre.

Vor diesem Hintergrund lehnt die CDU Ostprignitz-Ruppin eine Zwangsfusion von Landkreisen, wie sie das Leitbild der rot-roten Landesregierung vorsieht, ab. Eine solche Reform spart keine Kosten und sorgt für Bürgerferne. Gerade die gegenwärtige Flüchtlingskrise zeigt, wie wichtig funktionierende kreisliche Strukturen vor Ort sind. Demgegenüber würde durch eine Kreisgebietsreform der Einfluss der Menschen auf die Gestaltung ihres Lebensumfeldes beträchtlich sinken. Dies führt zu Politikverdrossenheit. Der ländliche Raum darf nicht vernachlässigt werden, in dem er aus dem Blickfeld der Entscheidungsträger eines Großkreises gerät. Wir fordern die Landesregierung auf, Alternativen zu Zwangsfusionen endlich ernsthaft zu prüfen, um dem Wohle der Bürgerinnen und Bürger in unserem Landkreis gerecht zu werden.